

- Seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der Deutschen Demokratischen Republik der 1. September als „Tag des Friedens“ bzw. als „Weltfriedenstag“ bezeichnet, an dem die Öffentlichkeit in Versammlungen und Kundgebungen zum Eintreten für den Weltfrieden aufgerufen wurde.
- Der 7. Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1966 beschließt auf Antrag der IG Metall, „alles Erdenkliche zu unternehmen, damit des 1. September in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird“.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

14. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

16. August 2012

## Die neue Landesvorsitzende heißt: Birke Bull

Mit 89,2% der Stimmen wurde die Landtagsabgeordnete und bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Birke Bull zur neuen Vorsitzenden der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt gewählt. Auch die Redaktion des Linken Blattes schließt sich den zahlreichen Glückwünschen an. Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde mit 74,3% der Wittenberger Jörg Schindler gewählt. Er setzte sich somit deutlich gegen Bianca Görke durch.

Spannender war die notwendig gewordene Nachwahl eines Mitglieds des Landesvorstandes. Hier bewarben sich Klaus Czernitzki aus dem Bördekreis und Torsten Hans aus Magdeburg. Mit der Mehrheit von einer Stimme (51 zu 50) setzte sich in dieser Wahl Klaus Czernitzki durch.

Unser Bundesvorsitzender Bernd Riexinger ging in seiner Rede vor allem auf den Fiskalpakt, soziale Ungerechtigkeiten und die dringende Forderung nach einer Millionärssteuer ein. Unter dem



Motto: „Wir verbinden die ökologische mit der sozialen Frage“ machte er deutlich, welche Themen wir künftig auch verstärkt in die Gesellschaft tragen müssen.

Der Initiativantrag: „Seid mutig und selbstbewusst - für eine starke gesamtdeutsche LINKE“ wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. (siehe Seite 3)

„DIE LINKE ist wieder da, nicht mit Pauken und Trompeten. Dafür aber mit klaren Vorstellungen, offen für Neues, offen für noch nicht Fertiges, mit einer solidarischen und attraktiven

Diskussionskultur. Eine pluralistische und streitbare Mosaik-LINKE. Daraus werden wir Kraft schöpfen, das macht uns attraktiv.“

Dieses Zitat aus der Rede von Birke verdeutlicht den Charakter des Parteitag.

Es war kein spektakulärer Parteitag, es war ein optimistischer, von der Aufbruchsstimmung, die die Partei nach Göttingen erfasst hat, getragener Parteitag. Diesen Optimismus, diese gute Stimmung gilt es gemeinsam mit unseren politischen Inhalten frisch, fröhlich und selbstbewusst in die Gesellschaft zu tragen. (mb)

## Aus der Stadtratssitzung vom 18. Juli 2012

Glückwünsche gab es zum Anfang der Stadtratssitzung vom Vorsitzenden an Herrn Dr. Wiegand, der zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) gewählt wurde! Wir gratulierten – übrigens als einzige Fraktion mit Blumen – ebenfalls!

Die Tagesordnung versprach einige wichtige Abstimmungen. Und so sollte sogleich der erste Tagesordnungspunkt mit hitzigen Debatten bestimmt sein! Die „Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung“ stand zur Abstimmung. Mit dieser Vereinbarung wird auch geregelt, dass Halle einen „Sparberater“ hat. Unsere Fraktion stimmte dagegen. Swen Knöchel merkte an, dass das Landesverwaltungsamt sich der Verantwortung entziehen würde! Andere Fraktionen machten deutlich, dass ein Berater auch wieder unnötige Gelder benötigte! Der Beschluss erhielt aber dennoch eine Mehrheit.

Zugestimmt wurde – auch mit unseren Stimmen – der Haushaltsatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2012. Ein neuer „Plan“ war notwendig geworden, weil der bisherige Haushaltsplan wieder durch das Landesverwaltungsamt kritisiert wurde.

Nun gibt es „nur noch“ ein Defizit von 5,2 Millionen Euro, welches jedoch bis zum Jahr 2015 mit der Haushaltskonsolidierung ausgeglichen sein soll!

Auch die Geschäftsordnung des Stadtrates wurde nach monatelangem Ringen nun endlich angenom-

men.

Ebenfalls Zustimmung gab es zur Abstimmung zur Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates, zum Gestaltungsbeirat 2012–2014 (hier ging es um die Bestätigung neuer Mitglieder); zum Knoten Halle, Ersatzneubau Eisbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB Strecke...; zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens B-Plan 76 „Sport- und Freizeitbereich am Gimritzer Damm“; zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens „Uferbebauung Pfälzer Straße...“; zur Widmung verschiedener Wege und Straßen zu Gemeindestraßen.

Dem Bebauungsplan „Freizeit- und Erholungsraum am Hufeisensee“ konnten wir nicht zustimmen. Unsere Fraktion – vertreten durch Petra Sitte – kritisierte vor allem die mangelnde Einbeziehung der BürgerInnen in das Projekt. Wir scheiterten zwar mit einem Änderungsantrag, der die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Bebauungsplan voranstellen sollte, aber in einem Punkt wurde die Verwaltungsvorlage ergänzt. So heißt es jetzt, in einem 4. Punkt der Vorlage, dass im Parallelverfahren zur Aufstellung des B-Planes das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes geführt wird! Zumindest eine Veränderung in Richtung unseres Antrages.

Wiederstand die Entscheidung zur Schließung der Schule am Jägerplatz auf der Tagesordnung. Das Landesverwaltungsamt hatte den bisherigen Beschluss zur Aufrechterhaltung der Schule als rechtswidrig eingestuft! Aus diesem Grund die nochmalige Abstimmung, die – zwar knapp – aber nun

leider die Schließung bestätigte! Unsere Fraktion stimmte gegen die Vorlage.

Einige Diskussionen gab es dann zur Wiedervorlage unseres Antrages, der zum Inhalt hat, eine Gedenktafel, die im Foyer des Stadthauses hing, wieder aufhängen zu lassen. Auf dieser Gedenktafel sind Stadtverordnete von KPD und SPD, die im Kampf gegen Faschismus ihr Leben lassen mussten, aufgezeigt. Diese Gedenktafel steht unter Denkmalschutz. Die SPD-Fraktion hatte einen Änderungsantrag eingebracht, der zum Inhalt hat, „zu recherchieren, welche Stadtverordnete während der beiden deutschen Diktaturen verfolgt, unterdrückt, aus dem Mandat gedrängt oder ermordet wurden“. Gleichzeitig wurde beantragt, dass auf Grund dieser Recherche dem Stadtrat eine Beschlussvorlage zur Anbringung einer entsprechenden Gedenktafel zuzuleiten ist. Dieser Antrag setzte sich dann durch! Die bisherige Tafel soll nun im Stadtmuseum zu besichtigen sein.

Zugestimmt wurde unserem Antrag, kommunale Schulen mit internationalem Profil auszustatten. Damit soll es mehr Grundschulen geben, die mehrsprachigen Unterricht anbieten.

Unser Antrag zur Rücknahme des Beschlusses der Umbenennung der Philipp-Müller-Straße in Willy-Brandt-Straße konnte noch nicht behandelt werden, da die Beratung in den Fachausschüssen noch nicht abgeschlossen wurde. Er wird dann sicherlich im September auf der Tagesordnung zu finden sein.

Ute Haupt, Stadträtin

## Seid mutig und selbstbewusst – für eine starke gesamtdeutsche LINKE!

### Beschluss der außerordentlichen Tagung des 3. Landesparteitages am 21. Juli 2012

DIE LINKE hat nach Göttingen zwei zentrale Aufgaben: Wir müssen mit unseren Forderungen für die Menschen wieder politisch erlebbar sein.

Die Wahlen in Niedersachsen und für den Bundestag sind die nächsten Bewährungsproben. Diese müssen wir als gesamte Partei vorbereiten und bestreiten. Egal wie sich die Parteien von CDU bis GRÜNE im Wahlkampf positionieren, im Kern vertreten sie mit Fiskalpakt und Bankenrettung die Interessen der Mächtigen. DIE LINKE wird gebraucht, als Stimme gegen den Demokratieabbau und die soziale Verelendung in Deutschland und Europa!

Unsere Aufgabe nach innen: Wir müssen aufeinander zugehen. Mit einer Vorwärtsbewegung, die ihre Energie aus der selbstkritischen und offenen Debatte untereinander gewinnt. Zwischen Basis, Funktionärinnen und Funktionären hat ein neuer kulturvoller Dialog über unsere Erwartungen und

Ziele begonnen. Die neue Parteispitze eröffnet neue Räume und Möglichkeiten um zu diskutieren, um sich auszutauschen und um gehört zu werden. Wir sind aufgefordert, diese zu nutzen. Nur wer seine Stimme erhebt, kann mitreden. Nur wer zuhört, kann lernen.

Zuerst muss unter Genossinnen und Genossen gelten, auf gemeinsam getragene Ziele linker Politik zu vertrauen: soziale Gerechtigkeit, Demokratie und ein würdevolles Leben für alle Menschen. Diese gemeinsame Überzeugung schließt viele Wege und Teilprojekte ein. Über Strategie und Taktik, Bünd-

nisse und Vorbilder gibt es bekanntlich in der Linken Streit, seit sie existiert. Parlamentarische Initiativen, wie unser Vergabegesetz zur Sicherung fairer Löhne in öffentlicher Hand, unsere Vorschläge für eine Schulreform hin zu längerem gemeinsamen Lernen oder unser Entwurf für ein Kinderfördergesetz knüpfen an die Forderungen vieler gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure an und bauen Druck für reale Veränderungen auf. Die parlamentarische Arbeit im Land- und Bundestag schafft und stärkt wichtige Kompetenzen, aber die dortigen Zwänge dürfen nicht unterschätzt werden. Wir müssen uns besser vernetzen: Außerparlamentarische Bündnispartner müssen nicht nur beschworen, sondern tatsächlich gewonnen werden; Bewegungen sollten weniger stilisiert als befördert werden; Widerstand wollen wir nicht nur symbolischen, sondern konkret wirksamen.

Göttingen war auch ein Parteitag der Selbstbehauptung. Die Mitglieder haben klar gemacht, was sie in ihrer jeweiligen Situation vor Ort erwarten.

Emanzipatorische Politik entsteht zuerst außerhalb der Parlamente. DIE LINKE ist ohne den starken Bezug auf Gewerkschaften und soziale Bewegungen auf Dauer sinnlos. Allerdings sind immer weniger Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich organisiert und arbeiten ohne tarifliche Bindungen. Besonders in den strukturschwachen neuen Ländern gibt es weniger Aktive in Bewegungen und Initiativen. Auch diejenigen,

die sich nicht meinungsstark an den neuen Bürgerprotesten beteiligen, benötigen unsere parlamentarische Lobby. Unser enger Bezug zu den Problemen und Sorgen der Menschen, zu ihrem Alltag und ihrem Glück realisiert sich in der Kommunalpolitik. Die Präsenz in den Städten und Gemeinden ist unsere Basis, um glaubwürdig und erfolgreich zu sein.

DIE LINKE im Osten bleibt ein Kraftzentrum der Partei. Eine starke LINKE in West und Ost bleibt das Ziel. Die Landesverbände und die Fraktionen in den Kommunen, in den Landtagen und im Bundestag haben Vertrauen und Kompetenz für die gesamte Partei erarbeitet. DIE LINKE im Osten hat sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in sehr konkreter Weise auseinander gesetzt, dies bedeutete hier vor allem auch Kritik und Selbstreflexion der eigenen Verantwortung und Ideale. Die gemeinsame LINKE ist eine neue Basis, um unsere theoretischen Bezüge und unsere Praxis zu diskutieren. Nutzen wir die unterschiedlichen Perspektiven derjenigen, die bewusst in die neue LINKE eingetreten sind, beachten wir die Sichtweisen in Ost und West, von alt und jung. Wir haben nicht zu viele alte Genossinnen und Genossen, sondern zu wenig junge. Wir brauchen junge Menschen, wir brauchen Frauen, wir brauchen Mütter und Väter, Migrantinnen und Migranten in der Partei. Gesellschaftliche Kraft gegen eine Spaltung in arm und reich entfalten wir nur, wenn wir Erwerbslose sowie Arbeiter und Arbeiterinnen glei-

chermaßen wie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen oder Künstlerinnen und Künstler erreichen. DIE LINKE soll ein sozialer Ort sein, in dem Menschen eine kritische Sichtweise sowie an Selbstbewusstsein gewinnen. Selbstbewusst in ihrem Anspruch an eine solidarische Gesellschaft, ein gutes selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dafür müssen wir sie wertschätzen und für uns gewinnen, jede und jeden. Seien wir selbstbewusst und mutig – nur so können wir diese Gesellschaft verändern!

### **„Wohlfühlkommune für alle!“**

#### **Frauen laden ein Eine kommunalpolitische Denkwerkstatt**

Die Kommunalwahlen 2014 rücken in sichtbare Nähe. Erklärtes Ziel unseres Landesverbandes ist es, viele Genossinnen und Sympathisantinnen für eine Kandidatur auf unseren Listen zu gewinnen. Dafür müssen wir bereits jetzt werben für neue soziale Ideen, auch in der Kommunalpolitik. Wir wollen sie gemeinsam entwickeln und diskutieren – mit PraktikerInnen, mit ExpertInnen, mit Neugierigen und Interessierten.

Der Landesverband der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt plant unter diesem Anspruch, auf Initiative der Frauenarbeitsgemeinschaft LISA und aktiver Beteiligung des „kommunalpolitischen forums“ zum 22. September 2012 in Halle eine kommunalpolitische Denkwerkstatt zu veranstalten. Wir haben uns vorgenommen, von 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr aktuelle Themen wie „Mitmischen in der Bürgerkommune“, „Barrierefreie Städte

und Gemeinden“, „Inklusion in der Stadtpolitik“, „Stadtplanung heute und morgen“, „Fair wohnen für alle“, „Gesunde Städte und Gemeinden“ an Thementischen zur Diskussion zu stellen. Dem Gedankenaustausch werden kompetente Persönlichkeiten wie Christina Emmrich, Dagmar Zoschke, Hans-Werner Brüning, Dr. Barbara Kaaden, Katrin Kuhnert und Dr. habil. Viola Schubert Impulse verleihen. Alle Beteiligten sind aufgefordert, ihre Wünsche, Kritiken, Ideen und Vorstellungen recht zahlreich zu äußern.

Um ihnen zu ermöglichen, Überlegungen auch zu verschiedenen Problemkreisen anzubringen, sind für die Diskussion sechs Thementische mit Moderatorinnen vorgesehen. Wir laden alle ein, die neugierig und interessiert sind. Damit wollen wir einen Beitrag besonders zur Vernetzung politisch aktiver Frauen in und bei der Partei DIE LINKE leisten. Um besser planen zu können, bitten wir um eine kurze Rückmeldung per e-Mail an: [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de).  
Dr. Marlene Neuber – LISA Halle

Vortrag mit Diskussion  
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

23.08.2012  
Beginn 18.00 Uhr  
06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

### **Links-Sein in Deutschland**

Zur Debatte stehen folgende Schwerpunkte:

- Die Krise in der Gesellschaft und die Verantwortung der Linken für Alternativen
- Krise der Linken?! In welcher Situation befindet sich die Linke nach dem Göttinger Parteitag?
  - Aufbruch organisieren - aber wie?
- Fair vereinigen - Vertrauen zurück gewinnen – Zukunft gemeinsam gestalten
- Die LINKE und der Wohlfühlfaktor

**MIT Heinz Vietze,  
Vorsitzender rls**

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT  
RLS REGIONALBÜRO Halle  
Blumenstr. 16, 06108 Halle  
TEL/Fax: 0345-2025594  
email: [gs-halle@rosaluxsa.de](mailto:gs-halle@rosaluxsa.de)



## Kluge Politik als Markenzeichen einer modernen LINKEN

Petra Sitte, Diskussionsbeitrag

Außerordentliche Tagung des 3. Landesparteitages des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 21.07.2012

Der heutige Parteitag trägt in doppeltem Sinne besonderen Charakter. Zum einen natürlich, weil wir neu zum Landesvorsitz wählen. Zum anderen weil die Wochen vor und nach Göttingen viel Anlass zu besorgtem Nachdenken gegeben haben. Ich habe nun in Vorbereitung auf unseren Parteitag versucht, manche meiner Eindrücke, Erfahrungen und Überlegungen ein wenig zu systematisieren. Die Ergebnisse möchte ich gern vortragen. Das bleibt natürlich trotzdem fragmentarisch. Aber das finde ich nicht schlimm.

Die Monate vor Göttingen haben viele von uns tief verunsichert, wenn nicht gar erschüttert.

Und wenn man von fast 12% bei letzter Bundestagswahl auf fast 5% in den Umfragen rutscht und dieser Bundestagsfraktion auch noch angehört, dann kann man sich eigentlich nur noch in Grund und Boden schämen.

Auch wenn Gregor Gysi in seiner Rede die Situation in der Fraktion ungeschönt, ja fast apokalyptisch zusammengefasst und auch mir aus der Seele gesprochen hat, fehlt mir doch etwas ganz Wichtiges.

Ich war und bin nämlich, ehrlich gesagt, immer noch ziemlich wütend. Warum?

Soweit es meine Themen betrifft und für andere MitstreiterInnen in der Partei kann ich das wohl ebenfalls feststellen, weiß ich verdammt genau, was wir drauf haben.

In vielen Themen haben wir wirk-

lich Zukunft tragende Ideen. Und ich will, dass diese Inhalte von einer starken modernen LINKEN auch getragen werden, wir sie weiter entwickeln und mit vielen Interessierten oder Betroffenen auch diskutieren können. Eine Debattenkultur, wie in den Wochen vor dem Göttinger Parteitag, lässt das aber nicht zu, stößt vielmehr ab.

Mancher glaubt aber auch, es reiche, wenn sich seine „Verkaufsabteilung“ mit Themen in die Partei hineinrichtet. Emotionale und ideologische Streicheleinheiten über den eigenen Bauch, mögen dann zwar das innerparteiliche Standing pflegen. Aber dem Standing der LINKEN in der Veränderung dieser Gesellschaft bringt das gar nix! Konflikte und Widersprüche im Alltagsleben von Menschen dürfen nicht als Werbefläche für Parteien missbraucht werden. Das berührt unser Partei- und Politikverständnis im Kern. Da gibt es ganz offensichtlich noch Klärungsbedarf in der Partei.

Von uns wird erwartet, dass wir zur Lösung von Konflikten und Widersprüchen ganz konkret beitragen – gleich ob in der Gemeinde, im Landkreis, in der Stadt, im Land, im Bund oder in Europa.

Nicht die Losung ist die Lösung! Es geht mir um das, was unter der Überschrift steht.

Die LINKE als Partei muss ausstrahlen, dass sie ohne Abstriche bereit ist, sich in Konflikte und Widersprüche hineinzugeben.

Und zwar auch dann, wenn ‘s wehtut – jeder oder jede von uns in seinen oder ihren Themenfeldern. DIE LINKE hat, wie uns andere bestätigen, ‘ne Menge kompetenter Leute. Wer hat nicht schon den Satz gehört: Ja sie, Frau oder Herr XY, sie sind ja ganz ok und kompetent, aber ihre Partei... nee das geht ja gar nicht!

Und diese Vielfalt an Menschen und an Fachkompetenz in der LINKEN müssen wir in Handlungs- und Umsetzungscompetenz unserer Partei bringen.

Da findet sich breiter Raum, den wir uns aber auch gegenseitig lassen müssen. Auf diese Weise können wir dann auch viel breiter in die Gesellschaft wirken.

Ich sage immer - die soziale Frage „lauert“ überall!

Prekarisierung frisst sich in die ganze Gesellschaft. Sie macht Angst und „Angst essen Seele auf“. Ob das in klassischer Weise jene Menschen und Bereiche betrifft, die von anderen Parteien abgekoppelt werden oder ob es Felder betrifft, in denen bspw. Qualifizierte und Hochqualifizierte in prekärer Beschäftigung und vor unsicheren Lebensperspektiven stehen ist völlig gleich, wir müssen uns damit offensiv auseinandersetzen.

Das macht Volkspartei aus – dass sie sich auch in gesellschaftlicher Breite als Partnerin vielfältig engagiert. Und da kann es eben nicht die eine Sicht auf die Dinge geben.

Wenn man die Parteigrenzen im-

mer wieder überschreitet, bekommt man auch ein Gespür für Lebensgefühle und für Stimmungen in der Gesellschaft – der gesellschaftlich Starken genauso wie der Schwachen (obwohl ich weiß, dass dieses Bild hinkt).

Da bleibt zwangsläufig kein Platz für abgeschottete Ideologienpflege und geschlossene Veranstaltungen. Wir entwickeln uns mit der Gesellschaft – und das ist positiv, weil wir Gesellschaft als Gemeinschaft denken.

Das wollen wir gestalten und nicht den Kapitalismus und uns nicht bei der SPD anbieten oder sonstige „kleine Verbrechen“ begehen. Genau dieser gemeinschaftliche, dieser solidarische Gesellschaftsansatz widerspricht schließlich dem Kapitalismus im Kern.

Und selbst wenn denn doch mal der Fall eintritt, dass wir keinen Kapitalismus mehr haben, dann bewegen wir uns dennoch in einer Demokratie – hoffe ich wenigstens! Tja und auch da gilt es Konflikte zu klären, weil Interessen verschieden sind und Ressourcen begrenzt. Konflikte sind der Normalfall – und wenn eine Gemeinschaft friedlich Konflikte löst, vereinbart sie Kompromisse.

Es geht also nicht um's niederringen oder gar besiegen von Menschen und Meinungen, sondern ums gewinnen ... und zwar von Menschen! Diesen Grundkonsens, diesen Politikansatz sollten wir aus unserem Programm lesen! Dann ist die Chance, eine verlässliche Handlungsbasis aufzubauen - in verschiedensten Bündnissen, auch in flexiblen Formen und Fristen, auch mit den verschiedensten Ak-

teuren – schlicht und ergreifend am größten. Parlamente und gewählte Gremien können wir konsequent nutzen, um über diese hinaus zu handeln.

Schwarmintelligenz oder eben auch die Weisheit der Vielen sollten wir mit mobilisieren.

Vertrauen durch Handeln bestimmt dann auch über unsere Akzeptanz, über unsere Politikfähigkeit und schließlich auch über unsere Wählbarkeit. In solch einer Offenheit, muss sich niemand rechtfertigen, wenn er oder sie auch mal einen Sidestep von einer „roten Haltelinie“ macht, weil das Zusammenarbeiten mit anderen Menschen, mit Menschen die auch Lösungswege suchen, eine gegenseitige Perspektivenübernahme bedingt. Die Gesellschaft ist über Jahre individualisiert worden. Da ist es klar, dass wir das verschüttete Bedürfnis vieler Menschen, gemeinschaftlich etwas zu erreichen bzw. erreichen zu können, langsam erst wieder mit aktivieren und aufbauen müssen.

Und warum sollten wir dabei nicht auch Lust auf Veränderung ausstrahlen? Veränderung muss wieder positiv besetzt werden! Ich glaube, dass unter dieser Sicht, eine Kombination von radikaler Realpolitik und sensibler Symbolpolitik möglich ist.

In diesem Sinne darf die „Verkaufsabteilung“ dann auch wieder den Riemen auf die Orgel werfen. Gemeinsam etwas unternehmen und etwas erreichen oder eben auch mal nicht, kann durchaus auch eine schöne sinnliche Erfahrung sein. Ich jedenfalls habe das gerade erst bei unserem Wahlkampf zur Ober-

bürgermeisterei in der Stadt Halle erlebt. Das waren sehr intensive und soweit es Swen Knöchel, unseren Spitzenkandidaten, betrifft, beeindruckende und sehr lehrreiche Wochen.

Die einen ziehen und die anderen schieben! Das wünsche ich mir ausdrücklich auch für Birke Bull, wenn sie uns als Landesvorsitzende vertritt.

Der gesellschaftliche Bedarf für kluge Politik ist vorhanden. Warum, frage ich, sollten wir kluge Politik nicht zu unserem Markenzeichen machen?!

### **Info Info Info Info Info**

Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 17. Juli beschlossen, dass alle Sofortinformationen von den Sitzungen sowie Beschlüsse unverzüglich auf der Internetseite DIE LINKE Sachsen-Anhalt nachzulesen sind.

<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/landesgremien/landesvorstand/>

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 650 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
16.08.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.08.2012

## Internationales Workcamp im Peißnitzhaus

Teilnehmer des internationalen Workcamps leisteten und leisten große Hilfe bei der Entkernung und Sanierung des Peißnitzhauses sowie der Verschönerung der Nebengebäude. Das erste von zwei Workcamps mit 10 Teilnehmern aus drei Ländern (Weißrussland, Frankreich, Deutschland) lief bis zum 28.7.2012. Es wurde Putz abgeklopft, Bauschutt transportiert, altes Holz entfernt, das Langhaus neu gestrichen, alte Farbe an den Kolonnaden gelöst usw.

Die Entkernungsarbeiten im Peißnitzhaus dienen sind notwendig,

damit im Anschluss neue Zwischendecken eingebaut und die Räume neu verputzt werden können.

Neben der täglichen 6-8-stündigen Arbeit lernten die Teilnehmer aber auch Halles Kultur kennen. Der Verein organisierte für sie eine Stadtführung, besorgte Leih-Fahrräder für den Ausflug ins hallesche Nachtleben, den Besuch des Planetariums und vieles mehr.

Das zweite Workcamp findet vom 5.8. bis 19.8.2012 statt.

Wir sind gespannt, welche Nationalitäten dann auf Halles grüner Insel vertreten sein werden.



Fotoquelle: Peißnitzhaus e. V.

Spendenkonto: Volksbank Halle    Kontonr.: 2725517    BLZ: 800 937 84

Reicht  
ist  
teilbar.

MILLIONÄRSTEUER JETZT!

**DIE LINKE.**

## Christopher Street Day Halle (Saale) 2012

### DIE LINKE leistet vielfältige Unterstützung

Unter dem Motto „L(i)eben und l(i)eben lassen!“ laden das Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V. und AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V. zum diesjährigen CSD ein. Das Motto drückt aus, dass homo- und bisexuelle sowie inter- und transgeschlechtliche Menschen ein gesellschaftliches Klima vorfinden sollen, in dem Toleranz, besser noch Akzeptanz gelebt wird. Die Vielfalt in Bezug auf die geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung sowie die Lebens- und Familienformen soll von Menschen nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung begriffen werden. Zudem drückt das Motto auch das Anliegen der rechtlichen Gleichstellung aus, das in den Forderungen zum CSD enthalten ist. Schirmherr des CSD ist der Minister für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Norbert Bischoff (SPD).

Höhepunkt ist das CSD-Straßenfest am Sonnabend, den 8. September 2012 auf dem Marktplatz in Halle. Von 11 bis 17.30 Uhr gibt es ein buntes Bühnenprogramm, welches mit Ständen von Vereinen, Institutionen, Parteien und Gastronomie umrahmt wird. Zu Beginn des CSD werden als Zeichen der Solidarität und als Bekenntnis zur Vielfalt Regenbogenfahnen vor dem Stadthaus gehisst. Die BesucherInnen erwarten Auftritte der Band „Zeitnah“, der Rosenstolz-Covershow „Das kleine Miststück“ und des Kölner Musikers und Kabarettisten Holger Edmaier. Am Nachmittag wird es jeweils kurze Runden mit VertreterInnen politischer Partei-

en geben, bei denen diese über ihre Aktivitäten, Vorhaben und die CSD-Forderungen befragt werden. Die CSD-Abschlussparty findet ab 22 Uhr in der „Theatrale“ (Waisenhausring 2) statt. DIE LINKE leistet auf vielfältige Weise ihren Beitrag zum Gelingen

des CSD. Der Verein der Bundestagsfraktion, der Solidarfond der Landtagsfraktion und der Stadtverband Halle geben finanzielle Unterstützung, am 6.9. findet ein Ratschlag Queer statt und beim Straßenfest wird es einen Infostand geben.

### Veranstaltungen vor dem CSD in Halle

#### Sonnabend, 1. September 2012, ab 22 Uhr

CAPITOL, Lauchstädter Straße 1a  
CSD-WARM-UP-Party

#### Montag, 3. September 2012, 19 Uhr

Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V., Beesener Str. 6  
Film „Romeos“ (D, 2011, 94 Minuten)

#### Dienstag, den 4. September 2012, 19 Uhr

AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V., Böllberger Weg 189  
Diskussionsrunde „HIV und älter werden & HIV und Handicap“ und  
Ausstellungseröffnung „Barrierefreies Halle?“

#### Mittwoch, 5. September 2012, 19 Uhr

Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V., Beesener Str. 6  
Diskussion zum Adoptionsrecht des Arbeitskreis der Lesben und Schwulen  
in der SPD (Schwusos)

#### Donnerstag, 6. September 2012, 19 Uhr

Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V., Beesener Str. 6  
Ratschlag Queer

Die Partei DIE LINKE lädt politisch Interessierte zu einem „Ratschlag Queer“ ein, bei dem Dr. Barbara Höll (MdB), Sprecherin für Lesben- und Schwulenpolitik der Bundestagsfraktion und Birke Bull (MdL), Landesvorsitzende der LINKEN anwesend sein werden.

Informationen und Verständigung soll es zu folgenden Punkten geben: Rehabilitation der nach 1945 aufgrund des § 175 Verurteilten, Rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und aller Lebensweisen, Rechte für Intersexuelle und Trans\*, Große Anfrage der Grünen im Landtag zur „Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen (LSBTI) in Sachsen-Anhalt“. Zudem soll das Interesse an einer Vernetzung queer-politisch Interessierter bei der LINKEN in Sachsen-Anhalt erkundet werden.

Weitere Informationen: [www.bbz-lebensart.de](http://www.bbz-lebensart.de)



## Gemeinsame Forderungen des CSD Magdeburg und des CSD Halle 2012

1. Ergänzung der Gleichbehandlungsartikel im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt um das Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität
2. Vollständige rechtliche Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartner\_innen mit Eheleuten, z.B. beim Einkommenssteuerrecht und beim Recht auf Gründung einer Familie (gemeinsames Adoptionsrecht und gleichberechtigter Zugang zur Insemination) mit dem Ziel einer Öffnung der Ehe für Menschen gleichen Geschlechts
3. Verabschiedung eines gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bi, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie auf Bundes- und Landesebene, der auch die Bildungspolitik umfasst
4. Vollständige Rehabilitierung der Menschen, die nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen ihrer Homosexualität verurteilt und ihrer Freiheit beraubt wurden, Einrichtung eines Entschädigungsfonds und Aufhebung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1957, das den § 175 in seiner nationalsozialistischen Fassung für rechtmäßig erklärte
5. Bereitstellung auskömmlicher und kontinuierlicher finanzieller Mittel für Projekte und Organisationen, die der Beratung und Unterstützung von LSBTI dienen oder die in den Bereichen Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Bildung zur Vielfalt der Lebensweisen lesbischer, schwuler, bi-, trans- und intersexueller Menschen tätig sind. Unabhängig bestehender finanzieller Zwänge in den Kommunen, im Land und im Bund dürfen die Projektträger nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.

Beschluss des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches des Landes Sachsen-Anhalt am 20.4.2012

Der Lesben- und Schwulenpolitische Runde Tisch Sachsen-Anhalt ist ein seit fast 20 Jahren bestehendes Netzwerk von Vereinen, Einrichtungen und Gruppen, die im Bereich Sexuelle Identität, Homophobie und Diskriminierung tätig sind. Ihm gehören zum Beispiel der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, das BBZ „lebensart“, 0, Frauenzentren, VertreterInnen von Parteien und die AIDS-Hilfen an.

## Ein Grund zum Feiern?

Die Verfassung von Sachsen-Anhalt feierte am 16. Juli 2012 ihren 20. Geburtstag. Im Kloster Unser Lieben Frauen zu Magdeburg wurde die Verfassung am 16. Juli 1992 unterzeichnet. Der Landtag von Sachsen-Anhalt verabschiedete die Verfassung mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit einen Tag zuvor.

Erstmals, am 09. April 1992, berieten die Abgeordneten des Landtages über den Entwurf einer Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Dem Verfassungsausschuss lagen zu Beginn seiner Tätigkeit vier Entwürfe vor. Einer des runden Tisches, zwei von den

Oppositionsfraktionen (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) und einer der Regierungsfaktionen von CDU und FDP.

Auch die BürgerInnen von Sachsen-Anhalt brachten sich in den Diskussionsprozess, um eine neue Verfassung, mit ein. Dabei bildeten die Abschnitte „Grundrechte“, „Einrichtungsgarantien“ und „Staatsziele“ einen eindeutigen Schwerpunkt, da diese Artikel die Interessen der BürgerInnen ganz direkt betreffen, so die Mütter und Väter der Verfassung und somit nicht verwunderlich. Aus diesem Grund bemängelte die PDS (heute: DIE LINKE) an dem vorliegenden

Verfassungsentwurf den mangelnden Mut, soziale Grundrechte durchzukämpfen. Es gebe aber dafür keinen Anlass, meinte unsere damalige Fraktionsvorsitzende Dr. Petra Sitte, widmeten sich die meisten Vorschläge aus den Zuschriften doch diesem Thema.

Dennoch lohnt sich ein Vergleich mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Eingang in die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt hat z.B. der Datenschutz (Art. 6) gefunden. Bestimmte Grundrechte sind inhaltlich präziser. Dazu gehören u.a. Art. 5 (Art. 2 GG), Art. 10 (Art. 5 GG) und Art. 13 (Art. 9 GG). Erweitert

werden die Grundrechte durch sog. Staatsziele (z.B. Art. 39 Arbeit und Art. 40 Wohnen). Außerdem kann sich die Bevölkerung an der Gesetzgebung beteiligen (Art. 80 Volksinitiative und Art. 81 Volksbegehren, Volksentscheid). Das Grundgesetz definiert solche Ziele nicht und kennt auch keine Beteiligung der BürgerInnen bei der Gesetzgebung. Also ein Grund zum Feiern und/oder Trauern?

Die Antwort liegt vermutlich irgendwo dazwischen. Vergangenheit und Gegenwart mahnen uns immer wieder aufs neue die bestehenden Rechte jeden Tag zu verteidigen. Stellvertretend sei hier nur der Nationalsozialismus (1933 – 1945) für die Vergangenheit genannt, weil zu Zeiten der Weimarer Republik (1919 – 1933) die Rechte aus der Hand gegeben wurden. Gegenwärtig laufen bestimmte Grundrechte ins Leere, sofern der bzw. dem Grundrechtsträger(in) die wirtschaftliche Grundlage fehlt. Was nützt der armen Bevölkerung z.B. das Grundrecht auf Handlungsfreiheit (Art. 5), Versammlungsfreiheit (Art. 12) oder Freizügigkeit (Art. 13), wenn das Geld für Hobbys bzw. Reisen nicht vorhanden ist?! Freiheitsrechte und soziale Rechte gehören infolgedessen untrennbar zusammen. Allerdings müssen im Idealfall alle Rechte einklagbar sein, sonst steht man wieder vor dem selben Problem.

Dementsprechend muss die Verfassung von Sachsen-Anhalt kritisch hinterfragt und weiterentwickelt werden. Letztendlich sind aber die BürgerInnen von Sachsen-Anhalt gefragt, die verfügbaren Rechte zu nutzen, um Veränderungen herbeizuführen. Folglich kein Grund

zum Feiern und/oder Trauern, sondern ein Grund selbst aktiv zu werden!

Marcel Kieslich, Mitglied im Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Halle (Saale)

Quellen:

ZwischenRuf, Das Magazin des Landtages von Sachsen-Anhalt 1/2012, S. 4f.

ZwischenRuf, Das Magazin des Landtages von Sachsen-Anhalt 2/2012, S. 22f.

[http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=85&tx\\_exozetarticles\\_articleTeaserDetail\[id\]=1026&cHash=7e2801d7ac](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=85&tx_exozetarticles_articleTeaserDetail[id]=1026&cHash=7e2801d7ac)

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1342037112102>

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1342037110623>

## **Das Haushaltsrecht - Königsrecht des Parlaments.**

Karlsruhe, 10. Juli 2012, wieder einmal musste über die Rechtmäßigkeit eines Rettungsschirms vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verhandelt werden. Bereits einmal schon hat Frau Merkel eine ziemliche Klatsche gekriegt, als ihr in den Sinn gekommen war, das Parlament auszuhebeln und nach Gutsherrenart zu regieren. Damals sollten bis zu dreistellige Milliardenbeträge ohne Zustimmung des Parlaments quasi „auf erstes Anfordern aus Brüssel“ verteilt werden. Nicht einmal der - immerhin aus auch nur 41 Mitgliedern bestehende - Haushaltsausschuss sollte zustimmen müssen. Lediglich ein geradezu konspirativ anmutendes Neuner-Gremium war berufen, die - wie immer „alternativen“ - Entscheidungen der neo-(christ-)liberalen Koalition durchzuwinken.

Das BVerfG hat diesem Ansinnen in einem Organstreitverfahren auf Initiative der SPD-Abgeordneten Peter Danckert und Swen Schulz unter dem Aktenzeichen 2 BvE 8/11 a mit Urteil v. 28.02.2012 eine klare Absage erteilt. Zuvor schon,

am 27. Oktober 2011, hatte es in dieser Sache im Eilverfahren eine Einstweilige Anordnung erlassen, kraft derer dem Deutschen Bundestag eine entsprechende Verfahrensweise untersagt wurde.

Die Koalition hatte nämlich das Haushaltsrecht des Parlaments verletzt. Dieses ist von herausragender Bedeutung. Was die Feststellung des Haushaltsplans angeht, so das Gericht, komme dem Deutschen Bundestag im Verhältnis zu den anderen beteiligten Verfassungsorganen eine hervorgehobene verfassungsrechtliche Stellung zu. Das Budgetrecht des Parlaments gehöre zu den Grundlagen der demokratischen Selbstgestaltungsfähigkeit im Verfassungsstaat. Es stelle ein zentrales Element der demokratischen Willensbildung dar und diene als Instrument umfassender parlamentarischer Regierungskontrolle (a.a.O., Tz. 105).

Das Budgetrecht ist also das Königsrecht des Parlaments. Diesen Begriff benutzt selbst der Deutsche Bundestag (s. <http://www.bundestag.de/blickpunkt/>

104\_Spezial/0604/0604019.htm#hilfsnavigation, zuletzt abgerufen am 15.07.2012).

Woher aber kommt er?

Er kommt - um im Bilde zu bleiben - gewissermaßen aus drei Richtungen. Zunächst ist mit dem Wort König im Deutschen ganz allgemein eine Spitzenstellung verbunden. Deshalb ist er zum Einen Bezeichnung für die wichtigste Funktion, sozusagen das Spitzenrecht des Parlamentes. Denn auch fürs Regieren gilt: Ohne Moos nix los. Zum Zweiten steht er für das Verhältnis von Parlament zu Regierung, in dem das Parlament in der bedeutendsten Zuständigkeit „die Krone“ auf hat, und zum Dritten erinnert das Wort an das historische Ringen um Einfluss und Macht zwischen König und Standes-, später Volksvertretern. Das Budgetrecht gehört zu den ältesten und wirkungsvollsten Rechten, die sich die Parlamente erkämpften.

Budgetrecht, Parlamentarismus und Demokratie sind genetisch eng verzahnt, meinen aber - auch wenn uns das Gegenteil heute als Selbstverständlichkeit erscheinen mag - keineswegs dasselbe.

Am Anfang stand das Parlament. Das Wort kommt vom französischen Verb parler, was sprechen, auch in der Bedeutung von Recht sprechen, meint. Parlament hieß seit Beginn des 13. Jh. das oberste französische Hofgericht mit Sitz in Paris. Es bestand vorwiegend aus juristisch gebildeten Klerikern und Rittern. Auch in England, von wo aus die Entwicklung auf Kontinentaleuropa übergriff, gab es seit der Eroberung durch die Normannen i. J. 1066 einen solchen Hofrat, der sich aus Vertretern des Hochadels und des Klerus zusammensetzte

und für den sich ab der Mitte des 13. Jh., französischem Vorbild folgend, der Begriff Parlament einbürgerte. Daraus wurde später das House of Lords, das bis 2009 noch oberste Rechtsprechungsinstanz in England war.

([http://de.wikipedia.org/wiki/House\\_of\\_Lords#Als\\_Gericht\\_.28ehemalige\\_Funktion.29](http://de.wikipedia.org/wiki/House_of_Lords#Als_Gericht_.28ehemalige_Funktion.29))

Doch war man damals noch weit entfernt von gesetzgeberischen oder Budgetbefugnissen. Diese kamen erst nach und nach. Ausgangspunkt ist der heute vielfach in Vergessenheit geratene Umstand, dass der König in jenen Jahrhunderten - anders als im preußischen Absolutismus - keine umfassende Herrschaftsgewalt besaß, sondern seine Macht aus einzelnen Hoheitsrechten, den Regalien (v. lat. rex = König), bezog. Vor allem aber konnte er seinen Untertanen nicht durch einseitigen Rechtsakt Steuern auferlegen. Hierzu bedurfte er vielmehr - paradiesische Zustände für Multimillionäre - der Zustimmung der hiervon Betroffenen, meist der Großgrundbesitzer aus dem niederen Adel.

War der König klamm, sandte er seine Vertreter in die Grafschaften, die dort Versammlungen der Adligen abhielten, um über die Steuern zu beschließen. Wer zustimmte, musste zahlen, die anderen nicht. Eine Ausnahme allerdings gab es: Wer nicht erschien, war an den Beschluss ohne weiteres gebunden. Zur Beschleunigung des Verfahrens wurden seit 1213 solche Versammlungen bisweilen an den Orte einberufen, wo der König sich aufhielt, meist in der City of Westminster, die heute noch das Herz der englischen Demokratie ist. Da nicht alle die weite Reise auf sich

nehmen konnten, mussten sich die Adligen der einzelnen Grafschaften mit der Entsendung von Vertretern begnügen. Weiterhin aber galt der Grundsatz, dass getroffene Beschlüsse die Nichterschienenen banden. Dies war die Geburtsstunde der repräsentativen Demokratie.

Doch zur Allzuständigkeit des Parlaments, wie wir sie heute kennen, war es noch ein weiter Weg. Denn es stand im Belieben des Königs, das Parlament einzuberufen und aufzulösen. Als in Frankreich zwei Monate vor Beginn der französischen Revolution das Parlament einberufen wurde, geschah dies das erste Mal seit 1615! 174 Jahre lang hatten die französischen Könige ohne Parlament regiert.

Seit der ersten Hälfte des 17. Jh. nutzte das Parlament die finanzielle Notlage des Königs, um diesem Zugeständnisse abzurufen. Diese Taktik nahm allmählich System an und hatte sich im 18. Jh. in England so weit etabliert, dass eine Regierung kaum mehr funktionsfähig war, wenn sie nicht von einer Parlamentsmehrheit getragen wurde. Seither gilt der Verfassungsgrundsatz, dass nicht nur der jeweilige Gesetzesbeschluss, sondern die Regierung im Ganzen von einer Parlamentsmehrheit getragen werden muss. Für Deutschland ist dies in den Artt. 62 ff. GG festgelegt. Nun ist es sicher nicht so, dass Frau Merkel mit ihrem Gesetz die Grundfesten der Demokratie ernsthaft ins Wanken gebracht hätte. Dennoch, es gilt die alte lateinische Weisheit „pricipiis obsta!“, zu deutsch: Wehret den Anfängen! Dies hat das BVerfG und daran gut getan.

Gerhard Strohmaier